

Soziale Politik & Demokratie

Für eine wirkliche sozialdemokratische Politik

Im Würgegriff der „Haushaltskonsolidierungspolitik“

Anfang September lobt die EU-Kommission die Große Koalition, weil sie das Maastrichter Defizitkriterium wieder erfüllt, und fordert sie gleichzeitig auf, beim „Sparen“ nicht nachzulassen.

Auf dem Arbeitgebertag Anfang November nutzt Merkel, übrigens ebenso der SPD-Parteivorsitzende Beck, ihren Auftritt, um ein klares Bekenntnis zur Politik der „Haushaltskonsolidierung“ abzulegen, und fährt für die Große Koalition das Lob der Arbeitgeber ein.

Das Bundesverfassungsgericht erweist sich mit seinem Urteil zu Berlin als Instrument dieser von der EU diktierten und der Großen Koalition umgesetzten Haushaltskonsolidierungspolitik. Es empfiehlt Berlin, sich zum Schuldenabbau aller sozialstaatlichen Aufgaben zu entledigen und den Ausverkauf des öffentlichen Eigentums und der öffentlichen Daseinsvorsorge zu forcieren.

Berlin soll bei den Krankenhäusern, Schulen, Kitas, Wohnungen, bei den Löhnen der Beschäftigten... „sparen bis es quietscht“, um mit diesen Milliarden die Schulden und Schuldzinsen zu bedienen, d.h. Berlin und seine Bürger bis zum letzten Blutstropfen auszuquetschen, um die Kassen der Banken und Spekulanten zu füllen.

Das Urteil trifft jetzt Berlin, die Hauptstadt des vereinten Deutschlands – aber richtet es sich nicht gegen alle Kommunen, Länder und die ganze Republik? Treibt es nicht 17 Jahre nach der Wiedervereinigung, mit der die Hoffnungen der Menschen auf ein sozial vereinheitlichtes Deutschland verbunden waren, das Land in eine immer tiefere soziale Spaltung, regionale Zersetzung, in einen erbarmungslosen Wettlauf der Regionen um Sozial- und Lohndemontage?

Vor allem im Osten, zunehmend aber

auch im Westen, sehen sich immer mehr Kommunen gezwungen, unter dem Damoklesschwert der Haushaltskonsolidierung ihre Krankenhäuser, Wohnungen, Wasser und Energie... an Finanzspekulanten zu verschern.

In Freiburg wollte das Rathaus sämtliche kommunalen Wohnungen verkaufen. Nachdem dieses Vorhaben jetzt am massiven Widerstand der Bevölkerung gescheitert ist, erklärt der Oberbürgermeister Salomon (Grüne), dass die Stadt nicht mehr „handlungsfähig“ sei und das Eingreifen des Regierungspräsidenten drohe.

Im Würgegriff der Maastrichter Defizitkriterien werden sich alle Kommunen, Länder und die ganze Republik diesem Schicksal ausgeliefert sehen.

Der EU-Stabilitätspakt diktiert die Senkung der Lohnnebenkosten, d.h. auch besonders der Ausgaben für das öffentliche Gesundheitswesen. Unter diesem Druck steht die Gesundheits„reform“, deren Spargebot alle trifft: die Patienten, Ärzte, Krankenhäuser, und dabei das gesamte solidarische Krankenversicherungssystem umstürzen will. Ganze Landstriche, die mit der höchsten Arbeitslosigkeit und Armut, mit den meisten kranken Menschen, werden zu Regionen, wo Ärzte- und Kliniknotstand herrscht und wo für immer mehr Menschen die notwendige medizinische Ver-



März 2006: 30.000 Ärzte demonstrieren in Berlin gegen die Gesundheitspolitik

sorgung unerreichbar, weil zu teuer, zu werden droht.

1000e haben den Offenen Brief an die SPD-Bundestagsabgeordneten unterschrieben: „Weist die Gesundheitsreform, das Diktat von Merkel und der CDU/CSU zurück. Stimmt mit Nein!“

Organe der SPD und Gewerkschaften haben sich in gleichem Sinne an die SPD-MdBs gewendet.

Aber verlangt nicht der Erhalt des solidarischen, paritätisch finanzierten sozialen Sicherungssystems, des Sozialstaates, die Streichung der Schulden und Schuldzinsen, die die Kommunen, Länder, die Republik ersticken, wie es GewerkschaftskollegInnen und SozialdemokratInnen für Berlin fordern? Kann es eine andere Lösung geben, als sich der EU und ihrem Gebot zur Haushaltskonsolidierungspolitik, für deren Umsetzung die Große Koalition oberste Priorität verlangt, zu widersetzen? - C. Boulboulé

VERTEIDIGUNG DER SOLIDARITÄT

DIE Wochenzeitung »Informations ouvrières« hatte in der letzten Woche über die Jagd auf Kranke in Frankreich berichtet, die Generika-Medikamente ablehnen, was eine große und berechtigte Empörung bei den Lesern hervorgerufen hat. Die Zeitung hatte nachgewiesen, dass diese ungerechten Maßnahmen – die besonders für ältere Kranke bedeuten würden, dass sie sich nicht mehr gesundpflegen können –, aus der Umsetzung ganz bestimmter EU-Richtlinien stammen.

In dieser Woche nennt die Tageszeitung »La Tribune« (23. Oktober) „die Prämie für die Unterlassung des Arztbesuchs in den Niederlanden“ als Beispiel. In dem Artikel heißt es, dass seit 2004 diejenigen Sozialversicherten, die sich ein Jahr lang kein Arztrezept verschreiben lassen und nicht im Krankenhaus waren, 255 Euro Rückzahlung erhalten! Wer weniger als 255 Euro ausgegeben hat, erhält die Differenz ausgezahlt.

Zum Inhalt:

„Sollte es nicht möglich sein, die Gesundheitsreform zu stoppen?“

BERLIN zum sozialen Absturz verurteilt?

**MEXIKO:
Der Kampf eines Volkes um Demokratie und Souveränität**

Diese Maßnahme wurde vom Gesundheitsminister dargestellt „als Anreiz, um nicht bei jedem Wehwehchen zum Arzt zu rennen“!

Wir fragen: Wie soll man ohne Arztbesuch wissen, ob es sich um ein Wehwehchen oder eine große Krankheit handelt? Darauf hat der Minister (soll man ihn eigentlich so nennen, oder als Kanaille bezeichnen?) keine Antwort. Es stimmt, dass sein Problem nicht die Gesundheit seiner Mitbürger zu sein scheint. Ihm geht es um das Sparprogramm: 2 Milliarden wurden dieses Jahr im Gesundheitswesen der Niederlande weniger ausgegeben! Solch einer Heldentat muss man doch Beifall spenden! Die Börsenkurse steigen in den Niederlanden wie in ganz Europa... doch das Gesundheitswesen wird billiger.

Aber warum muss eigentlich gespart werden? Die Antwort von »La Tribune« ist die Überschrift: „In der Union der 25 Mitglieder sprießen die Sparmaßnahmen in allen Ländern – Europa senkt die Gesundheitskosten.“

Die Senkung der Gesundheitskosten ist auch das Ziel der Gesundheitsreform in Deutschland, die einen „Sturm der Ablehnung aus der Bevölkerung, aus SPD und Gewerkschaften“ provoziert hat: mit der Einrichtung des geplanten Gesundheitsfonds kürzt die Regierung die Mittel aus dem Bundeshaushalt für die Krankenkassen um 2,7 Mrd. Euro, d.h. um 60%. Die Krankenhausbudgets werden um 1,25 Mrd. Euro gekürzt.

Da haben wir es wieder. Der Stabilitätspakt diktiert, dass die öffentliche Neuverschuldung 3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes BIP nicht über-

schreitet. Und der Maastricht-Vertrag rechnet die Gesundheitskosten zum öffentlichen Haushalt hinzu.

Brüssel befiehlt... und man hat eben Pech, wenn kleine oder große „Wehwehchen“ nicht mehr behandelt werden!

Aber warum soll man sich auf die Gesundheitskosten beschränken? Warum zahlt man nicht jeder Familie einen kleinen Betrag für Bildung und schließt die öffentlichen Schulen? So könnte man nach Belieben fortfahren.

Zu Recht lehnt sich der niederländische Gewerkschaftsbund dagegen auf, „dass die Jungen mit guter Gesundheit Rückzahlungen erhalten, während die Ältesten und chronisch Kranken bezahlen müssen“ (»La Tribune«).

Tatsächlich wird hier das Solidaritätsprinzip in Frage gestellt. Die Solidarität zwischen Kranken und Gesunden, die Solidarität zwischen den Generationen, die Solidarität, Grundlage des Fortschritts und eines besseren Lebens für die breite Mehrheit der ArbeitnehmerInnen, Jugend und RentnerInnen.

Nur die Besitzenden können auf die Solidarität verzichten.

Die Zukunft der Menschheit gehört der Verteidigung und Rückeroberung aller sozialen Sicherungssysteme, die auf der Arbeitnehmersolidarität gründen.

Wenn dafür die Zwangsjacke von Maastricht gesprengt werden muss, wenn es dafür kein anderes Mittel gibt als den Bruch mit der Europäischen Union, kann es da noch ein Zögern geben?

Korrespondent

IMPRESSUM

Soziale Politik & Demokratie erscheint 14-täglich. Für den Inhalt der Artikel sind jeweils die UnterzeichnerInnen verantwortlich. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Nachdruck (mit Quellenangabe) ist erwünscht; bitte Belegexemplar zusenden.

Die nächste Ausgabe erscheint ausnahmsweise erst am 7. 12. 06,
REDAKTIONSSCHLUSS: 30. 11. 06

Redaktionsadresse:

Soziale Politik & Demokratie
Postfach 120 755; 10597 Berlin
Fax-Nummer: 030 / 313 16 62
E-Mail: Soziale.Politik.und.Demokratie@t-online.de - Bestellungen, Beiträge und Mitteilungen bitte an diese Adresse schicken. / www.soziale-politik-und-demokratie.de

Redaktion / HerausgeberInnen Berlin:

Carla Boulboullé, Rainer Döring,
Udo Eisner, Volker Gernhardt, Ute Grahl, Gott-
hard Krupp, Volker Prasuhn,
Birgit Schöller, Volkmar Schöne,
Klaus Schröer, Hans Weigt, Axel Zutz

HerausgeberInnen:

Brandenburg: Bodo Fast
Nordrhein-Westfalen:
Heinz-Werner Schuster, Inge Steinebach,
Bodo Schoo, Beate Sieweke,
Tina Hauptmann
Mecklenburg-Vorpommern:
Lothar Hesse
Sachsen:
Gaby Hahn, Cornelia Matzke
Sachsen-Anhalt:
Karlheinz Gerhold (†), Axel Bachner,
Hans Günther Rinkleib

Thüringen:

Klaus Schüller, Andreas Hähle
Hessen:
Michael Altmann, Bettina Czölsch, Rudolf
Schulz, Horst Raupp
Baden-Württemberg:
Michael Futterer
Druck: gks-berlin; ISSN: 0941-6064
Der regelmäßige Bezug ist nur im
Jahresabonnement möglich.
Jahresabonnement (inkl. Porto):
50,- Euro
Ermäßigtes Abonnement:
30,- Euro
In den Preisen sind 7% MwSt. enthalten.
Konto: C. Boulboullé,
Berliner Volksbank (BLZ 100 900 00)
Kontonummer: 5629 455 002
V.i.S.d.P.: C. Boulboullé
Postfach 120 755; 10597 Berlin

AUFRUF zur breiten Unterstützung der Offenen Briefs an die SPD-Bundestagsabgeordneten: „Sollte es nicht möglich sein, die Gesundheitsreform zu verhindern!“

Delegation bei der SPD-Bundestagsfraktion angemeldet

Über 2.000 UnterzeichnerInnen haben mittlerweile den Offenen Brief unterschrieben, in dem die SPD-Bundestagsabgeordneten zu einem Nein zur Gesundheitsreform aufgefordert werden. Auch in den Organisationen, Gewerkschaften wie SPD, wird diese Forderung an die SPD-Abgeordneten erhoben. Laut den Plänen der Großen Koalition soll die Reform Mitte Dezember im Bundestag mit der Regierungsmehrheit beschlossen werden.

Aufgrund der Dringlichkeit der Situation haben sich die ErstunterzeichnerInnen des Offenen Briefs jetzt an die stellvertretende SPD-Bundestagsfraktionsvorsitzende Elke Ferner gewandt und sie im Namen der Unterzeichner um einen Termin gebeten, um die Unterschriftenlisten zu übergeben. In dem Schreiben heißt es:

»Die große Mehrheit der Bevölkerung, die gesetzlich Versicherten, alle lehnen diese sog. „Reform“ ab. Zahlreiche Erklärungen von Gremien und Organen der SPD wenden sich gegen die Gesundheitsreform. Zu Recht haben zahlreiche SPD-Abgeordnete öffentlich Position gegen die Reform bezogen.

Diese überwältigende Ablehnung der Gesundheitsreform hat der 21. Oktober bekräftigt, an dem 220.000 gewerkschaftlich organisierte ArbeitnehmerInnen auf den Aufruf des DGB hin in Berlin, Frankfurt, Dortmund, Stuttgart und München gegen die Politik der Großen Koalition auf der Straße demonstriert haben. (...) Der Offene Brief wurde von 1.700 KollegInnen unterschrieben.

Der DGB-Vorsitzende Sommer hat zum Abschluss der Demonstrationen eine klare Warnung an die Regierung gerichtet. Der ver.di-Vorsitzende Bsirske und der IG-Metall-Vorsitzende Peters haben sich in der gleichen Weise geäußert.

Annelie Buntenbach hat in ihrer Funktion als stellvertretende Vorsitzende des DGB in einem Schreiben vom 31. 10. 2006 an die Bundestagsabgeordneten, also auch an Euch als Sozialdemokraten, die verheerenden Folgen dieser Reform für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die gesetzliche Krankenversicherung deutlich gemacht. (...)

Sie kommt zur Schlussfolgerung: „Mit dem Gesundheitsfonds wird die Gesetzliche Krankenversicherung langsam, aber sicher ausbluten. Und dann haben wir bald die Drei-Klassen-Medizin (...). Das sprengt dann jede Solidarität.“ Die Gesundheitsreform ist „für den DGB inakzeptabel“! Doch gegenüber allen die-

sen Warnungen und dem für jeden sichtbaren Inhalt dieser „Gesundheitsreform“, gegenüber den Protesten von allen Seiten und Massendemonstrationen des DGB, zeigen sich Franz Müntefering und Kurt Beck offensichtlich taub und blind, genau so wie sie alle Beschlüsse und Erklärungen aus der SPD unbewegt lassen. Sie verfolgen unbeirrt den Kurs der Großen Koalition weiter und wollen Merkel dabei unterstützen, die Gesundheitsreform noch vor Jahresende im Bundestag durchzupfeitschen. (...) Wie weit wollen sie noch gehen? Soll das die Perspektive für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in unserem Land, für die Gewerkschaften und die SPD sein? Es geht um 70 Millionen Versicherte, es geht um das 120 Jahre alte, hart erkämpfte System der gesetzlichen Krankenkassen. Es geht um die Verteidigung der Parität. Das wissen die vielen Millionen Arbeitnehmer, die Gewerkschafter und die Mitglieder unserer Partei.

Die überwältigende Mehrheit der Arbeitnehmer und der sozialdemokratischen Wähler sagt deshalb, dass es nur

eine Entscheidung geben kann: Die Gesundheitsreform muss von allen SPD-Abgeordneten abgelehnt werden!

Genossinnen und Genossen: Stimmt deshalb mit Nein!“«

Die Initiatoren wenden sich in einem Rundschreiben an alle bisherigen Unterstützer des Offenen Briefes:

»Sollte es nicht möglich sein, durch das vereinte Handeln aller und die gemeinsame Ablehnung von den Gewerkschaften und aus der SPD die Reform zu stoppen!

Deshalb rufen wir alle Kolleginnen und Kollegen auf, sich weiter massiv für die Ablehnung und für das Nein der SPD-Abgeordneten zur Gesundheitsreform, überall dort, wo sie sind, einzusetzen.

Wendet Euch an Eure SPD-Abgeordneten vor Ort! Sammelt Unterschriften unter den Offenen Brief und schickt sie uns zu! Wir werden Euch über den Stand der Initiative und die Antwort von Elke Ferner umgehend informieren.«

(Bericht der Initiatoren des Offenen Briefes)

OFFENER BRIEF an die Berliner und Brandenburger Bundestagsabgeordneten der SPD

Die zweite ordentliche Landesbezirksfachbereichskonferenz Berlin-Brandenburg des ver.di Fachbereiches 13 Besondere Dienstleistungen vom 3./4. November 2006 hat folgenden Offenen Brief einstimmig beschlossen:

„Liebe Kolleginnen und Kollegen,

„(...) Wir fordern alle SPD-Bundestagsabgeordneten auf, alles, was möglich ist zu tun, dieses Gesetz zu stoppen und es in der Abstimmung abzulehnen.“

Die Konferenz sieht in der Gesundheitsreform „einen unsozialen Angriff auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer:

Der Gesundheitsfonds führt die – von CDU/CSU gewollte – Kopfprämie ein und macht sie unumkehrbar. Sie belastet vor allem Menschen mit niedrigem Einkommen und Renten. Die Kopfprämie wird in den Krankenkassen mit den höchsten Versorgungslasten am höchsten sein, und es wird zur Streichung von Leistungen kommen, weil die Kosten nicht mehr aufgebracht werden können. Das Gesetz fördert den Wettbewerb der Krankenkassen um die gesündesten und kostengünstigsten Mitglieder – und unterhöhlt damit ihren Auftrag nach bester Versorgung kranker Menschen. Zukünftige Ausga-

bensteigerungen werden von den Versicherten alleine getragen – der Arbeitgeberbeitrag wird dagegen eingefroren.

Können Sozialdemokraten einer derartig unsozialen „Reform“ zustimmen?

Das geplante Gesetz stellt grundlegend die solidarische Finanzierung der Krankenversicherung, das Recht auf gleichwertige Krankenversicherung und Gesundheitsvorsorge und alle unsere Errungenschaften und Ziele sozialer Gerechtigkeit auf dem Gebiet gleicher, öffentlicher Gesundheitsvorsorge für alle – unabhängig von Einkommen und Alter – infrage.

Wir unterstützen ausdrücklich alle Abgeordneten der SPD-Fraktion, die sich für den Erhalt des solidarischen, paritätisch finanzierten Gesundheitssystems aussprechen, und nicht bereit sind, dem Gesetz zuzustimmen. Mit ihrer Haltung zeigen sie sich solidarisch mit den Menschen in Ost und West, den Arbeitnehmern, den Erwerbslosen und den Rentnern, die auf den Demonstrationen des DGB am 21. Oktober ihre tiefe Ablehnung gegenüber den Gesetzesplänen der Großen Koalition zum Ausdruck gebracht haben.

In Erwartung Eurer Antwort verbleiben mit solidarischen Grüßen“

Henning Frey (SPD, ver.di)

Ulla Schmidts Märchenstunde –

Über die irreführenden Behauptungen und unvollständigen Informationen, mit denen die Regierung versucht, die Gesundheitsreform zu legitimieren.

In einer Werbekampagne versucht die Koalition die Gesundheitsreform zu verkaufen und gegen die Warnungen und die alarmierenden Stellungnahmen von allen Seiten zu verteidigen. Ulla Schmidt verspricht im Namen der Regierung das Blaue vom Himmel. So soll die Reform an Vorteilen bringen: „Keine neuen Zuzahlungen, keine Leistungskürzung, Transparenz ...“

Leider setzt sich die Kampagne in den SPD-Medien fort. Dort heißt es dann: „Nachdem die Große Koalition am 5. Oktober die letzten strittigen Fragen zur Gesundheitsreform aus dem Weg geräumt hat, liegt jetzt der Gesetzentwurf für ein leistungsstarkes und solidarisches Gesundheitswesen vor. ‘Es ist ein guter Kompromiß’, lobte der SPD-Vorsitzende Kurt Beck die zwischen SPD und Union erzielte Einigung.“

Wir wollen in dieser Ausgabe der »Sozialen Politik & Demokratie« auf einige der Behauptungen eingehen.

1. „In Zukunft Versicherungsschutz für alle“

Durch die Reform wird die Versicherungspflicht nur für alle die inländischen Beschäftigten festgeschrieben, die sich länger als 12 Monate in Deutschland „legal“ aufhalten. Saisonarbeiter, ausländische Arbeiter, die in prekären Arbeitsverhältnissen mit Zeitverträgen unter 12 Monaten arbeiten, Arbeitnehmer ohne gültige Aufenthaltserlaubnis, sind von der Versicherungspflicht ausgeschlossen.

Außerdem wird durch die Reform auch ein § 52a SGB V eingeführt, der erstmals die Möglichkeit gibt, Arbeitnehmer vom Leistungsbezug auszuschließen. Der Leistungsausschluss soll dann für Arbeitnehmer und ihre Familienangehörigen möglich sein, wenn es die Vermutung gibt, dass sie ihren Wohnsitz in Deutschland nur deshalb gewählt hätten, um die Möglichkeit von Leistungsbezug zu erschleichen.

Beide Regelungen richten sich also vor allem gegen die ausgebeuteten und am schlechtesten geschützten ausländischen Arbeiter und ihre Familien.

2. „Verzahnung ambulanter und stationärer Versorgung“

Unter der „Verzahnung ambulanter und stationärer Versorgung“ oder auch

der „integrierten Versorgung“ wird verstanden, dass die Krankenhäuser den Abbau von Betten dadurch ausgleichen, dass sie auch Patienten ambulant behandeln können. Dazu setzt die Regierung das Druckmittel ein, die Krankenhausbudgets noch einmal um 0,5% zu kürzen, das entspricht 500 Millionen Euro. Die Krankenhäuser sollen mit niedergelassenen Fachärzten in Konkurrenz treten und damit den Abbau von Facharztpraxen beschleunigen.

Für die Bevölkerung hat das also zweierlei Auswirkungen: a) die Zahl der Krankenhausbetten wird geringer, das heißt längere Wartezeiten, längere Wege zu den Krankenhäusern, verkürzter Krankenhausaufenthalt; b) das Netz der Facharztpraxen wird weiter; es wird schwieriger, einen geeigneten Facharzt zu finden; man muss länger warten, um einen Termin zu bekommen oder muss direkt ins Krankenhaus.

3. „Wettbewerb durch Transparenz“

„Ab dem 1. Januar 2009 wird der neue Gesundheitsfonds für mehr Transparenz und Wettbewerb im System sorgen“, schreiben die Regierung und entsprechend die Publikationen des SPD-Parteivorstands. Die Regierung will einen Gesundheitsfonds einführen, der zunächst alle Beiträge der Versicherten einsammelt. Die Regierung will die Beitragshöhe festlegen, im Gegensatz zu heute, wo die Krankenkassen den Beitrag bestimmen.

Der Bundestag bleibt dabei übrigens außen vor. Die Abgeordneten werden lediglich nur noch „unterrichtet“, stimmen selber aber auch nicht über die Beitragshöhe ab.

Gleichzeitig legt die Regierung aber auch fest, wie viel die einzelne Kasse bekommt. Geplant ist ein Pauschalbeitrag, der sich aus einer Grundpauschale pro Versicherten, und Zusatzpauschalen zusammensetzt. Die erste Zusatzpauschale soll die unterschiedliche Krankheitshäufigkeit (Morbidity) bei den Patienten ausgleichen, die bei den jeweiligen Kassen versichert sind. Die zweite Zusatzpauschale soll regionale Unterschiede bei der mittleren Beitragshöhe ausgleichen.

Der Morbiditätsrisikostruktureausgleich ist z.B. völlig unzureichend. Der

SPD-Bundestagsabgeordnete Karl Lauterbach hat z.B. gefordert, dass mindestens 200 Krankheiten in ihn einbezogen sein sollen. Vorgesehen sind aber nur 50-80 Krankheiten.

„Aus dem Fonds erhalten die Krankenkassen für jeden Versicherten zunächst den gleichen Betrag. Das heißt: Unabhängig vom jeweiligen Einkommen ist jeder Versicherte den Kassen gleich viel wert“, schreibt die Regierung weiter. Das stimmt, leider aber in einem anderen Sinne, als die Regierung unterstellen will.

Die Kassen bekommen tatsächlich pro Versicherten den gleichen Pauschalbetrag aus dem Fonds zugewiesen. Das führt nun aber dazu, dass sie gezwungen werden, möglichst bei jedem Patienten, auch bei denen mit komplizierteren und aufwändigeren Therapien, die Behandlungskosten auf die Höhe dieses „statistischen Mittels“ zu drücken. Jeder Versicherte, bei dem absehbar ist, dass seine Behandlung und Versorgung über dieses statistische Mittel hinausgeht, wird durch die Reform für die Kassen höchst „unwillkommen“. Die Patienten sind den Kassen am Ende nicht mehr „gleich viel wert“, sondern jede Kasse wird versuchen, die Patienten, deren Behandlungskosten absehbar diesen Pauschalbetrag überschreiten, abzuschieben.

Außerdem enthält das Gesetz noch eine weitere hinterhältige Klausel. Dazu schreibt der DGB: „Zudem bedeutet die Ausgestaltung des Fonds eine politisch gesetzte Verknappung von Beitragsmitteln. Nur im Jahr der Einführung soll der Fonds 100 Prozent der Ausgaben decken. Ansonsten ist vorgesehen, dass der Fonds die Ausgaben zu mindestens 95 Prozent decken wird. Das bedeutet, dass Ausgabenrisiken einseitig bei den Versicherten abgeladen werden. Und zwar in Form von Verschlechterung des Service, Ausdünnung des Geschäftsstellennetzes, Verschlechterungen bei freiwilligen und Satzungsleistungen und schließlich im Angebot von Billigtarifen. Reicht dies nicht aus, sind die Kassen gezwungen, den Zusatzbeitrag zu erheben.“

4. „Ein-Prozent-Regel verhindert finanzielle Überforderung“

Schon beim Gesundheitsstrukturgesetz hat die damalige Regierung behauptet

(Forts. S. 5 oben)

tet, dass die Versicherten nicht überbelastet würden, denn sie müssten ja für Medikamente und Krankenhausaufenthalte nicht mehr als ein ein Prozent ihres Bruttoeinkommens zuzahlen. Jetzt kommt eine neue „Überforderungsgrenze“ dazu. Aufsummiert sind es jetzt schon 2 Prozent und damit nach der eigenen Logik der Regierung also definitiv eine Überforderung.

Außerdem gilt die „Ein-Prozent-Regel“ erst ab einem Zusatzbeitrag von 8,- Euro. Das bedeutet, dass die niedrigen Einkommen, die ALG-II-Empfänger, mit mehr als einem Prozent belastet werden. In dreister Manier bietet die Regierung den ALG-II-Empfängern an, dass sie für den Fall, dass ihre Kasse einen Zusatzbeitrag erhebt, ja zu einer anderen Kasse wechseln könnten.

Der DGB schreibt dazu: „Belastungen für Menschen, die ALG II beziehen, sollen dadurch abgemildert werden, dass

sie sofort die Krankenkasse wechseln können. Gesetzt den Fall, die Betroffenen wären mobil genug und würden alle wechseln, dann würden sie massenhaft von Kassen mit Zusatzbeitrag zu Kassen ohne Zusatzbeitrag wechseln. Diese wiederum müssten beim Zugang vieler schlechter Risiken einen Zusatzbeitrag erheben, und die Wanderschaft beginnt von neuem.“

5. „Keine Leistungskürzungen“

„Höhere Zuzahlungen wird es nicht geben“, heißt es von Seiten des Ministeriums. Das ist nur richtig für einzelne Leistungen. Tatsache ist, dass durch die Reform die Möglichkeit geschaffen wird, dass die Versicherten „kassenindividuelle Zusatzbeiträge“ bezahlen müssen, wenn die Kassen mit den von Regierungsseite ihnen zugewiesenen Mitteln nicht auskommen. Die Mitglieder der

gesetzlichen Krankenkassen müssen bei dieser Reform also nicht als Patienten, sondern als Versicherte zuzahlen.

Ulla Schmidt spricht davon, dass es aufgrund des Drucks der SPD keine Leistungskürzungen geben wird. Fakt ist, dass bei der Reform der Verzicht auf Leistungen begünstigt wird. So wird die Möglichkeit von Beitragsrückerstattung geschaffen, die Versicherte z.B. dann in Anspruch nehmen können, wenn sie nicht zum Arzt gehen.

Oder es wird die Möglichkeit der Gewährung eines Beitragsbonus geschaffen, wenn sich die Versicherten einem Hausarztmodell anschließen. Das heißt, dass die Versicherten dann nur die Fachärzte und Krankenhäuser aufsuchen können, die mit den Kassen dafür spezielle Verträge abgeschlossen haben. Die freie Arzt- und Krankenhauswahl und damit auch der freie Zugang zu allen Leistungen wird so eingeschränkt.

Nein zur Rente 67

Demonstration von ver.di und IG Metall in Düsseldorf

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
in der »Sozialen Politik & Demokratie« habe ich über die Demonstration der SeniorInnen in Düsseldorf am 16. Mai berichtet, zu der die IG Metall und nach Zögern auch ver.di aufgerufen hatten.



Düsseldorf, 17. 10. 06

Am 17. Oktober haben ver.di und IG Metall in Düsseldorf erneut zu einer Protestdemonstration aufgerufen gegen die Rente 67, gegen die unsoziale Politik der Großen Koalition.

Ein Kollege erklärte dazu, dass

eigentlich eine bundesweite Demonstration notwendig wäre, um den gesamten Widerstand der Bevölkerung wirklich zum Ausdruck bringen zu können, gerade auch angesichts der bevorstehenden Gesundheitsreform. Doch das war in der IG Metall nicht durchsetzbar.

An der Düsseldorfer Aktion, die auf Vorschlag der IG Metall und ver.di zu den Vorständen von SPD und CDU ging, um dort Protesterklärungen zu überreichen, nahmen ca. 700 Menschen teil.

Das war ein Erfolg. Wir haben gegenüber den Vertretern von SPD und CDU erklärt, dass sich seit unserem letzten Besuch im Mai leider nichts Positives zugunsten der Rentner, wie auch für die Mehrheit unserer Bevölkerung ergeben hat. Beispiele dafür sind: das

Festhalten an der Heraufsetzung des gesetzlichen Rentenalters von 65 auf 67 Jahren und an den Rentenminusrunden.

Auch an den Beschlüssen zur Mehrwertsteuererhöhung von 16 auf 19 Prozent ab 1. Januar 2007 wird festgehalten,

was gerade uns RentnerInnen und den Armen in dieser Gesellschaft teuer zu stehen kommt.

Mit den bekannt gewordenen Plänen zur sogenannten Gesundheitsreform sind weitere Belastungen für die Bevölkerung – und wieder besonders für die Rentner – zu befürchten.

Hinzu kommen noch weitere Verschlechterungen im Bereich der Arbeitsmarktpolitik und im Sozialbereich. Besonders skandalös ist es, dass es zu wenig qualifizierte Ausbildungsplätze gibt. Verstärkt werden Jung gegen Alt ausgespielt.

Darum sind wir wieder auf die Straße gegangen.

Ich persönlich trete wie der von mir zitierte Kollege dafür ein, dass es noch vor der letzten Lesung zur Gesundheitsreform im Bundestag eine wirkliche Mobilisierung durch unsere Gewerkschaften für eine Demonstration in Berlin geben muss, zu der die KollegInnen aus allen Städten, Ost wie West, aus den Betrieben und Verwaltungen aufgerufen werden. Wir können doch nicht einfach hinnehmen, dass unser Sozialstaat, den wir nach dem Krieg geschaffen haben, von der Großen Koalition zertrümmert wird. Meiner Meinung nach, und das sage ich als alte Genossin, hat die SPD keinen Platz in einer Großen Koalition unter Merkel.

Viele Grüße, Eure Inge.

Carla Boulboulé

Zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts

Berlin, die Hauptstadt des vereinten Deutschlands, wird zum Absturz in den sozialen Abgrund verurteilt

MIT SEINEM Urteilsspruch hat das Bundesverfassungsgericht Berlin zum radikalen Kahl-schlag gegen alle sozialen und demokratischen Lebens- und Arbeitsbedingungen der arbeitenden Bevölkerung und Jugend verurteilt.

Nur dann kann Berlin für seinen Landshaushalt bundesstaatlichen Beistand beanspruchen.

Der Regierende Bürgermeister Berlins, Klaus Wowereit, erklärt, dass das Urteil „keine Solidarität vom Bund und den anderen Ländern einfordere und Berlin allein lasse“.

Tatsächlich wird Berlin aus der rechtlichen und sozialen Einheit der Republik herausgebrochen und soll unter der direkten Fuchtel des europäischen Stabilitätspaktes und seiner Haushaltskonsolidierung zu einer Art EU-Region, einer entrechteten Armenregion, werden.

Mit diesem Urteil schafft das Gericht einen Präzedenzfall. Tatsächlich lässt Merkel keinen Zweifel daran aufkommen, dass sie, gestützt auf dieses Urteil, für die Große Koalition die Weichen für die Unterwerfung der gesamten Republik unter den Maastrichter Vertrag, den EU-Stabilitätspakt und die Zersplitterung Deutschlands in EU-Regionen stellen will – EU-Regionen, die in den Wettlauf um Lohn- und Sozialdumping, um Privatisierung, um den „billigsten“ Kranken, den „billigsten“ Schüler und Studenten... gegeneinander getrieben werden.

Mit „ganz strikter Haushaltspolitik“ Berlin kaputt sparen?

Wowereit verkündet in seiner Regierungserklärung: „Ein hemmungsloser Wettbewerbsföderalismus ist mit uns nicht zu machen.“ Doch was nun?

Wie kann man dann verstehen, dass die Koalitionspartner Wowereit (SPD) und Wolf (PDS) ihre gemeinsame Absicht bekräftigen, eine „ganz strikte Haushaltspolitik“ und eine „konsequente Konsolidierungspolitik“ fortzusetzen?

Was kann das anderes heißen als die konsequente Fortsetzung der Kürzungen, der sozialen Demontage, der Auslieferung der staatlichen Aufgaben an die Privatisierung?

Für die strikte Bedienung der 2,45

Milliarden Euro jährlichen Schuldzinsen und zur Abtragung des Schuldenbergs, – Milliarden, die direkt in die Taschen der Banken und Spekulanten fließen –, werden den Krankenhäusern, Schulen und Unis, dem Nahverkehr, den Wohnungen Gelder entzogen, werden die Stadt und ihre BürgerInnen bis zum letzten Blutstropfen ausgepresst.

Dafür will der SPD/PDS-Senat das Besoldungssystem für Beamte radikal umgestalten – hin zur „leistungsgerechten Bezahlung“.

Dafür sollen die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes weitere Einkommenskürzungen hinnehmen.

Dafür will der Senat weitere Kürzungen und den Abbau von Arbeitsplätzen im Öffentlichen Dienst, und besonders in den landeseigenen Betrieben der Öffentlichen Daseinsvorsorge, fortsetzen. Die Krankenhausplanung soll einem „wettbewerbsorientierten Krankenhausmarkt mit leistungsbezogener Finanzierung der Krankenversicherung“ unterworfen werden.

Um die Banken bedienen zu können, verweigern sie die Einstellung der notwendigen LehrerInnen und die Aufhebung aller Kürzungsmaßnahmen, wie die Wiederherstellung der Lehr- und Lernmittelfreiheit.

Um die Banken zu bedienen, sinkt der Senatzuschuss für den öffentlichen Nahverkehr pro Jahr um ca. 60 Millionen. Der SPD/PDS-Senat unterwirft alle öffentlichen Einrichtungen dem privatwirtschaftlichen Wettbewerb – ganz im Geist von Wolf (PDS), der mit den „staatswirtschaftlichen Strukturen“ auf-räumen will.

Es gibt nur einen Ausweg – Streichung der Schulden und Schuldzinszahlungen

Ist das nicht zu einer Überlebensfrage für die Stadt geworden?

Verzweifelte Schüler und Eltern gehen immer wieder auf die Straße für mehr Lehrer, damit Schluss ist mit dem Unterrichtsausfall, und für den Stopp der Schulschließungen.

Die Studenten fordern einen Studienplatz für alle, die studieren wollen, und dessen volle Finanzierung aus dem Haushalt, während z.Z. bei 130.000 Stu-

denten nur 79.000 Studienplätze, wenn nicht weniger, finanziert werden.

Beschäftigte der öffentlichen Betriebe und Einrichtungen, wie z.B. der Charité und BVG, fordern die Respektierung des einheitlichen Flächentarifvertrages für alle Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes und der Öffentlichen Daseinsvorsorge, einschließlich der Ausgliederten; keine Ausweitung der Niedriglohnjobs, wie sie im Rahmen des „öffentlich geförderten Beschäftigungssektors“ z.B. bei der BVG geschaffen werden sollen; Umwandlung der Ein-Euro-Jobs in sozialversicherungspflichtige Normalarbeitsverhältnisse im Rahmen des Tarifvertrags des Öffentlichen Dienstes.

Kranke befürchten, dass sie sich eine verantwortliche Gesundheitsversorgung in den auf Kostensenkung und Rentabilität orientierten Krankenhäusern, die in die Privatisierung getrieben werden, nicht mehr leisten können.

Die Mieter fürchten, die kommunalen Wohnungen nicht mehr bezahlen zu können, wenn diese zukünftig 250 Millionen Euro Rendite erwirtschaften sollen. Das ist die Auslieferung des sozialen kommunalen Wohnungsbestands an den Markt.

Die BürgerInnen brauchen die Rücknahme aller Kürzungen und die volle Ausfinanzierung der öffentlichen Einrichtungen, der Charité, der Krankenhäuser und kommunalen Wohnungen der BVG und S-Bahn, und den Stopp ihrer Auslieferung an den Wettbewerb. Sie haben ein Recht auf eine qualifizierte Gesundheitsversorgung, auf bezahlbaren Nahverkehr, Wasser...-

„Ihr habt nicht das Recht, die Stadt noch weiter in den Ruin zu treiben. Ihr habt die Pflicht, die Schulden und Schuldzinszahlungen zu streichen, es gibt keinen anderen Weg. – Es geht um das Überleben von Berlin, es geht um die Zukunft des gesellschaftlichen Lebens in Berlin und in der gesamten Republik, um die Demokratie!“, schreiben ArbeitnehmerInnen, SozialdemokratInnen und GewerkschaftskollegInnen in einer Erklärung, die sich an die Delegierten des SPD-Landesparteitags richtet, der am 18. November über die Koalitionsvereinbarung entscheiden soll.

Gewerkschaftliche Positionen zur Koalitionsvereinbarung für den zukünftigen Berliner SPD-PDS-Senat

DIE Berliner haben am 17. 9. 2006 die KandidatInnen für das Abgeordnetenhaus und für die 12 Bezirksverordnetenversammlungen gewählt. Trotz der massiven Stimmenverluste für die bisherigen Senatsparteien SPD und PDS, dabei mit fast einem Drittel vor allem für die PDS (zu den Ergebnissen siehe »Soziale Politik & Demokratie« Nr. 150 und 151), haben beide Parteien immer noch eine Mehrheit für die Fortsetzung der Rot-Roten Koalition.

Das Erschreckende ist, die Faschisten sind in 5 Bezirksparlamenten vertreten. Das ist nach meiner Auffassung eine Folge der Politik der demokratischen Zerstörung der regierenden Parteien im Bund, aber auch im Land.

Im Vorfeld der Wahlen wurden aus Gewerkschaftskreisen eindeutige Forderungen an einen neuen Senat formuliert. Was ist der Inhalt der jetzt vorliegenden Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und Linkspartei PDS für die Regierungsarbeit von 2006 bis 2011?

Die erste Forderung der Beschäftigten aus dem Bereich der Kommune ist die nach Rückkehr des Berliner Senats in die Arbeitgeberverbände des Öffentlichen Dienstes mit TdL- oder VKA-Anbindung. In der Koalitionsvereinbarung gibt es dazu keine Aussage, das heißt also, es

ist keine Rückkehr Berlins in die Arbeitgeberverbände geplant. Der sogenannte Anwendungstarifvertrag, ein 2001 zwischen ver.di und dem Berliner Senat ausgehandelter „Solidarpakt“, der den KollegInnen 8-12% Lohneinbußen verordnet hat, soll bis 2010 fortgeführt werden mit weiteren Personalkostenabsenkungen im Volumen von 150 Mio. Euro im Beamten- und Tarifbereich.

Das ist ein klarer Verstoß gegen die damalige Senatsaussage, ab 2010 die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes wieder an den Tarifvertrag anzuschließen und damit den monatlichen Lohn- und Gehaltsraub zu beenden. Es hat sich gezeigt, dass seit dem Anwendungstarifvertrag 2003 die Schulden des Landes Berlin u.a. deswegen gestiegen sind, weil enorme Kaufkraftverluste und Steuermindereinnahmen zu Buche schlagen.

Eine weitere Gewerkschaftsforderung ist die Gewährleistung der Mitbestimmungsrechte von BeamtInnen. Hintergrund ist die Föderalismusreform, die eine länderweise Reform des Besoldungs- und Versorgungsrecht ermöglicht. Die Berliner Senatsparteien wollen das Leistungsprinzip einführen, es gibt jedoch keine gewerkschaftlichen Mitbestimmungsrechte. Aus unserer gewerkschaftlichen Erfahrung wissen wir aber,

dass die Häuptlinge gefördert und die Indianer gerupft werden.

Eine gewerkschaftliche und von vielen SPD-Mitgliedern auch politisch getragene Forderung ist, die Ein-Euro-Jobs durch sozialversicherungspflichtige und nach Tarif bezahlte Beschäftigungsverhältnisse zu ersetzen. Der zukünftige Berliner Senat will jedoch in einem „öffentlich geförderten Beschäftigungssektor“ diese Sklaven-Ein-Euro-Jobs und weitere zusätzlich prekäre Beschäftigungsverhältnisse dauerhaft zementieren. – Auch für die Jugend unserer Stadt gibt es keine verbesserte Situation. Zu unserer Forderung nach einem festen Einstellungskorridor für ausgebildete Auszubildende und AnwärterInnen im Öffentlichen Dienst gibt es keine Aussage in der Koalitionsvereinbarung.

Das sind nur einige Beispiele für die Nichtberücksichtigung und Zurückweisung gewerkschaftlicher Forderungen; der Kurs der letzten Regierungszeit des Rot-/Roten Senats soll also fortgesetzt werden. Die Koalitionsvereinbarung des zukünftigen Senats ist eine weitere Kampfansage an die Beschäftigten und deshalb aus der Sicht von Gewerkschaftern abzulehnen.

VOLKMAR SCHÖNE, Vors. der ver.di-Betriebsgruppe Friedrichshain/Kreuzberg

Koalitionsvereinbarung in Berlin Seite 16: Den Mittelstand stärken! ... und trotzdem den Verkauf der GSG (Gewerbesiedlungsgesellschaft) prüfen?



Der Mittelstand – das Rückgrat der Berliner Wirtschaft –, das sind zu mehr als 80% Betriebe mit weniger als 10 Beschäftigten.

Diese kleinen Selbständigen, Einzelhändler, Handwerker und Freiberufler sichern aber die Lebensqualität im Kiez, bilden Lehrlinge aus und schaffen Arbeitsplätze. Allein die mehr als 20.000 Handwerksbetriebe in Berlin haben über 200.000 Mitarbeiter, während die so viel gehätschelten Industrieunternehmen nach massenhaften Entlassungen gerade noch 85.000 Arbeitnehmer beschäftigen und viel zu wenig Lehrlinge ausbilden.

Wenn die alte und nun auch neue SPD/PDS-Regierung in Berlin ihre eigene Koalitionsvereinbarung ernst meint, die Rahmenbedingungen verbessern und den Mittelstand stärken will, dann darf der Verkauf der GSG nicht einmal geprüft, geschweige denn die GSG tatsächlich privatisiert werden.

Die mit vielen Millionen hervorragend sanierten Gewerbehöfe der GSG beherr-

gen zu vernünftigen Mietbedingungen 1.250 mittelständische Unternehmen mit rund 12.000 Beschäftigten. Der Landes- und Fraktionsvorsitzende der Berliner SPD, Michael Müller, hat völlig recht und drückt damit auch die Mehrheitsmeinung der Berliner SPD-Mitglieder aus: „Diese Unternehmen sind das Rückgrat der Berliner Wirtschaft, und deshalb dürfen sie nicht durch Spekulationen über einen Verkauf und dann folgende Mieterhöhungen verunsichert werden.“

Das verbindliche Kaufangebot der „Investoren“ Orco und Morgan Stanley, die 400 Millionen Euro bieten, ist für dieses nach Expertenmeinung hervorragend geführte Immobilien-Unternehmen GSG ein Hohn und würde Berlin und seinen Bürgern genauso schaden wie die in der Vergangenheit durchgeführten Privatisierungen der Bewag und der Wasserbetriebe.

JÜRGEN MÜLLER, Landesvorstand der Arbeitsgemeinschaft Selbständige in der SPD Berlin

Zohreh Sataei (Mitgl. der ver.di-Betriebsgruppe bei der Charité und der Tarifkommission)

Charité: Eine Gewerkschaft, die sich als ehrlicher Makler des Unternehmens empfindet, kann die Kollegen nicht in den Kampf führen

Mit diesem Artikel wird die Diskussion über den Tarifabschluss bei der Berliner Universitätsklinik Charité und über die Aufgaben und Verantwortung von ver.di weitergeführt. Siehe auch die Beiträge in Nr. 153.

Frage: Kannst Du die abgeschlossenen Tarifvereinbarungen kurz darstellen? Welches ist Deine Position zu dem Abschluss?

Zohreh Sataei: Rein sachlich lassen sich Zahlen nennen: Es wurden folgende lineare Tarifierhöhungen vereinbart: zum 1. 1. 2007 um 2,4 %, zum 01. 10. 2007 um 1 %, zum 01. 07. 2008 um 1 %. Während der Laufzeit des Tarifvertrages findet keine weitere Tarifanpassung statt. Das ist nebenbei etwas vollkommen anderes als die Erhöhung um 4,5%, von der immer geredet wird.

Die Zuwendung beträgt ab 2007 (in v. H. der bisher gezahlten Zuwendung):

	West	Ost	AVR
2007	63 % + 250 € EZ	63 % + 100 € EZ	10 %
2008	63 %	63 %	20 %

Die Jahressonderzahlung nach TVöD beträgt ab 2009 (in v. H. der in § 20 TVÜ vorgesehenen Jahressonderzahlung):

	West	Ost	AVR
2009	45 % +100% Urlaubsgeld	45 % +100% Urlaubsgeld	30 %
2010	45 % + 150 € EZ im April, + 150 € EZ im Juli	45 % + 150 € EZ im April, + 150 € EZ im Juli	45 % + 150 € EZ im April, + 150 € EZ im Juli

Im Übrigen erfolgen für den Zeitraum ab 2004 keine Anpassungen mit Ausnahme der hier geregelten Überleitung.

Schon diese Zahlen sehen nicht sehr rosig aus. Wie schlimm sie wirklich sind, das zeigt sich, wenn man sie sachlich interpretiert. So nehmen sich die Prozentzahlen der Tarifierhöhungen wesentlich bescheidener aus, wenn man sie mit der jährlichen Inflationsrate gegenrechnet. Es sind darüber hinaus gleichzeitig Reduzierungen zum Beispiel beim Weihnachtsgeld zugestimmt worden. Das frisst die angeblichen Steigerungen zusammen schon weitestgehend auf.

Daneben gibt es jede Menge von Verwirrspielen mit Begriffen. Es wird mit diesen ominösen 4,5% der Eindruck einer Gehaltserhöhung erweckt. Im

Grunde haben wir aber letztendlich eine Absenkung. Es wird von der Übernahme manteltariflicher Regelungen des TVöD geredet. Der Vertrag selbst hat aber mit TVöD inhaltlich nichts zu tun. **De facto und de jure haben wir es mit einem Haustarifvertrag zu tun.** Das ist eine empfindliche Niederlage für gewerkschaftliche Positionen.

Aber das ist nur eine Seite. ver.di hat ein Paket verhandelt. Diese tariflichen Vereinbarungen werden durch einen **zweiten Vertrag** zur „sozialverträglichen Begleitung von Restrukturierungsmaßnahmen der Charité“ erarbeitet. Im Grunde werden hier der Unternehmerseite all die Festlegungen auf einem goldenen Tablett serviert, gegen die wir als Belegschaft seit drei Jahren gekämpft haben. Es sind Zumutbarkeitsregelungen fixiert worden, die der Unternehmerseite direkt oder auf Umwegen jegliche Möglichkeit von Stellenabbau und Lohnkürzungen bieten. In diesem „Tarifvertrag

zur sozialverträglichen Begleitung von Restrukturierungsmaßnahmen der Charité“ ist der Unternehmerseite ein Direktionsrecht zugebilligt worden. Damit sind alle Möglichkeiten offen, die bestehende Tarifvereinbarung zu unter-

laufen. **M i t alledem werden auch die Regelungen über den Abschluss**

von betriebsbedingten Kündigungen, die ver.di als einen ihrer großen Erfolge darstellt, zu Makulatur.

Summa: Die Eckpunkte sind weit weg von unseren eigentlichen Forderungen. Leider gibt es keine nachvollziehbaren Beschlüsse und Protokolle, dass man nachweisen kann, wie unsere eigentliche Verhandlungsposition aufgeweicht worden ist – und von wem.

Frage: Kannst Du etwas zur Urabstimmung sagen? Wie ist die Stimmung unter den KollegInnen?

Zohreh Sataei: Die gleichen Leute, die dafür gesorgt haben, dass es keine Protokolle unserer Sitzungen gibt und die zielgerichtet verhindert haben, dass die Kolleginnen und Kollegen zeitnah und

umfangreich über die laufenden Verhandlungen informiert wurden, hatten es dann mit der Urabstimmung sehr eilig.

Es gab in jedem Standort eine Mitgliederversammlung. Das hört sich zunächst einmal demokratisch an. Nur, das einzige Tarifiergebnis, über das umfangreicher informiert wurde, das waren die Eckpunkte über die Gehälter. Der zweite Teil wurde als Powerpoint-Präsentation vorgestellt.

Ich war in der Mitgliederversammlung Charité Campus Mitte. Die KollegInnen waren von dem Ergebnis enttäuscht. Ein Kollege wollte den zweiten Teil erst selber lesen. Sein Argument war, wenn ich in der Urabstimmung meine Stimme abgeben soll, dann muss ich auch wissen, was drin steht. Es gab seitens der Verhandlungsführer von ver.di das Versprechen, dass zur Urabstimmung der zweite Tarifvertrag verteilt wird. Dann hätten die KollegInnen die Möglichkeit, sich zu entscheiden. Am ersten Tag der Urabstimmung wurde dies nicht getan. Soweit ich mich erkundigt habe, wurde dieses Papier nur an Interessierte verteilt, die ausdrücklich nach diesem Dokument gefragt haben. Außer den KollegInnen, die bei der Mitgliederversammlung waren, wusste aber kaum jemand von diesem zweiten Tarifvertrag.

Soweit ich gehört habe, war die Beteiligung nicht riesig. Ungefähr 44% haben sich an der Urabstimmung beteiligt, und von diesen 44% haben 84% zugestimmt.

Frage: Eine zentrale Forderung von Euch war: Ein Betrieb, eine Gewerkschaft, ein Tarifvertrag. Diese Forderung wurde nicht durchgesetzt. Wie sieht die Situation bei Euch jetzt aus?

Zohreh Sataei: KollegInnen von CFM (ausgegliederter Arbeiterbereich) fragen mich: Und nun, was passiert mit uns? Gilt dieser Tarifvertrag für uns auch? Wann sind wir drin?

In den Verhandlungen hat die Tarifkommission es nicht geschafft, Privatisierung und Ausgliederung zu verhindern.

Das heißt, es gibt KollegInnen, die in CFM beschäftigt sind, die einen IG-Bau-Tarifvertrag haben oder gar keinen, Kolleginnen, die befristete Arbeitsverträge mit der Charité haben.

Angleichung und einen Tarif für alle, die an der Charité beschäftigt sind, all das wird erst im Jahr 2011 verhandelt.

Was dort machbar ist, das hängt von der wirtschaftlichen Lage der Charité ab,

lässt uns die Unternehmensleitung wissen.

Frage: Ist es nicht letztlich der TVÖD, der immer weiteren Differenzierungen, Aufspaltungen, Öffnungsklauseln zulässt?

Zoreh Sataei: Kann sein. Bis jetzt habe ich nie ein nachvollziehbares Argument gehört, dass man mir sagt, was schlecht war am BAT. Ich denke, egal wie der Tarif heißt, Hauptsache, es ist ein Flächentarif. Das, und nur das, bietet den Gewerkschaften günstige Möglichkeiten, für die Interessen der Kolleginnen und Kollegen zu kämpfen. Alles andere splittet uns auf. In diese Richtung müssen wir nachdenken und diskutieren.

Frage: Ist nicht ein Grund dafür, dass diese zentrale Forderung nicht erkämpft werden konnte, dass Ihr im Streik isoliert geblieben seid von den anderen Beschäftigten im Öffentlichen Dienst, von den KollegInnen bei Vivantes...?

Muss man nicht dafür eintreten, dass ver.di alle Beschäftigten gemeinsam in den Kampf führt: für einen einheitlichen Flächentarifvertrag für alle

Beschäftigten im Öffentlichen Dienst?

Zoreh Sataei: Bei uns in der Charité war die Bereitschaft der KollegInnen, ernsthaft zu kämpfen, sehr groß. Es war schön mitzuerleben, wie die KollegInnen Ideen entwickelten und sich an praktischer Arbeit beteiligten und für ihre Forderungen auftraten. Es war schön mitzuerleben, wie sie organisierten und sich mit voller Energie beteiligten. Diese Kampfbereitschaft hat die Unternehmer der Charité dazu gezwungen, mit uns zu verhandeln.

Unser Fehler war, dass wir mit den Verhandlungen angefangen und den Streik abgesetzt haben. Die Verhandlungen hätten eine Chance gehabt, wenn dies Druckpotential beibehalten worden wäre. Nun kann man natürlich nicht gleichzeitig verhandeln und streiken. Aber Streikbereitschaft, die hätten wir weiter demonstrieren können.

Dadurch dass die Verhandlungskommission dem Unternehmer versprochen hatte, sich mit Basisinformationen zurück zu halten, haben wir ein weiteres Druckmittel verspielt. Wir haben die Belegschaft nicht an die Auseinanderset-

zung in den Verhandlungen angebunden.

Das Ergebnis einer Verhandlung hängt davon ab, wie gut, wie stark und wie informiert eine Belegschaft ist und wie weit sie bereit ist, zu kämpfen.

Dahinter stehen natürlich auch Haltungen. Ein Verhandler der Gewerkschaft, der sich als ehrlicher Makler des Unternehmens empfindet, der kann natürlich die Kolleginnen und Kollegen nicht konsequent in den Kampf um ihre eigentlichen Interessen führen.

Das heißt, unsere Bereitschaft zum Kämpfen, die war da. Und das Andere... der gemeinsame Kampf, der war nicht gewollt. Es gab den Versuch, Kontakte mit den Kolleginnen und Kollegen von Vivantes herzustellen. Das ist verhindert worden. Es gab die Überlegung, mit dem Tarifabschluss auf Vivantes zu warten. Auch das wurde nicht berücksichtigt.

Im Grunde sind wir in eine isolierte Auseinandersetzung hineingetrieben worden – mit dem logischen Ergebnis, dass wir einen isolierten Abschluss, eben einen Haustarifvertrag, bekommen haben.

H.-W. Schuster (SPD, AfA-UB-Vorsitzender)

Siemens, BenQ, BSH, Stora Enso und die „soziale Verantwortung der Unternehmen“

Zehntausende haben am vergangenen Samstag, 21. 10., in Dortmund demonstriert (vgl. Beitrag dazu in Nr. 153), darunter zahlreiche KollegInnen von BenQ aus Kamp-Lintfort. Hinter ihnen steht die ganze Stadt. Kamp-Lintfort ist existentiell von der Werksschließung bedroht, die die Zerstörung tausender weiterer Arbeitsplätze, so wie die 1.000 bei Balda, nach sich zieht.

Gerne würden die BenQ-KollegInnen, denen jetzt die Wucht der antisozialen Hartz-Gesetze droht, mit Müntefering über seine Renten- und Arbeitsmarkt-„Reformen“ sprechen, über das „fördern und fordern“, das sie, nachdem die Konzerne entschieden haben, als Schlag in die Magengrube erleben. Und es empört sie ungeheuer, dass die Tritte, die sie nach der Betriebsschließung erhalten, wenn sie in Hartz abstürzen usw., vom sozialdemokratischen Vizekanzler perfektioniert und intensiviert werden.

1.000 Arbeitsplätze bei Balda, Bayer-Tochter BIS wird aufgeteilt und verkauft, 3.000 Arbeitsplätze in Gefahr, Allianz, Telekom ...

Die Liste wird jeden Tag länger.

In der letzten Ausgabe dieser Zeitung hatten wir von der Zerstörung der Arbeitsplätze bei Siemens/BenQ, BSH, Stora Enso usw. berichtet.

Drei aktuelle Beispiele einer Politik der „sozialen Verantwortungslosigkeit“ nennt ein Solidaritätsaufruf „die Zerschlagung von Siemens COM, die beabsichtigte Schließung von BSH und die aktuelle Sauerei bei BenQ“. Deshalb, so meinte der DGB, gelte es beim Aktionstag am 21. 10. die Politik und Unternehmen daran zu erinnern, dass sie Leben und Arbeit würdig gestalten können: mit sozialer Verantwortung und sozialen Reformen. Natürlich kann der Wolf Kreide fressen, der Teufel Weihwasser trinken – im Märchen.

Jeden Tag erlebt die Arbeiterschaft in Deutschland die Konsequenz einer Politik, die von der Großen Koalition in Umsetzung der EU-Vorgaben diktiert wird, die durch die Zerschlagung der öffentlichen Dienste und ihre Privatisierung und durch Spekulation und Wettbewerb täglich Tausende in die Massenarbeitslosigkeit und ins Elend wirft, indem sie das Land entindustrialisiert und die

öffentliche Daseinsvorsorge liquidiert.

Und sie erleben tagtäglich die Folgen einer Politik der SPD-Führung, die mit diesem Kurs von Kapital und EU nicht brechen will, die – im Gegenteil – an der Seite der Merkel und Stoiber in der Umsetzung des Koalitionsvertrags zu weiteren katastrophalen Schlägen ausholt.

Kann man in dieser Situation an die „soziale Verantwortung“ der Spekulanten appellieren?

Den Appell an die „Verantwortung der Unternehmen“, Corporate Accountability, wie es auf Neudeutsch heißt, hat sich am 25. 9. 2006 „Cora – das Netzwerk für Unternehmensverantwortung“ auf seine Fahne geschrieben. Die Fahne wird getragen von Attac, diversen weiteren NGO, den „Kritischen Aktionären“, natürlich den unvermeidlichen Kirchengruppen und den Verbraucherverbänden.

Cora setzt sich ein „für eine am Gemeinwohl orientierte Unternehmensverantwortung“ und erklärt: „Wir wol-

(Forts. S. 10)

len, dass transnationale Unternehmen, ihre Tochterunternehmen und Zulieferer in ihrem täglichen und weltweiten Handeln die Menschenrechte sowie international vereinbarte soziale und ökologische Normen einhalten.“ Oder auch: „Viele Produkte in den Supermärkten und Kaufhäusern sind unter Verletzung von grundlegenden Sozial- und Umweltstandards hergestellt worden. Um Verbrauchern die Möglichkeit zu geben, ein positives Verhalten von Unternehmen zu honorieren, sollten Unternehmen leicht verständliche und glaubwürdige Informationen darüber bereitstellen, in wie weit sie soziale und ökologische Normen achten.“

Man könnte zur Tagesordnung übergehen, schließlich kennt man die „Kämpfer“ gegen die „schlimmsten Formen“ der Kinderarbeit usw., wenn nicht auch eine weitere Organisation die Gründungserklärung, die „vom Bundestag und der Bundesregierung sowie vom Europäischen Parlament, dem Europäischen Rat und der Europäischen Kommission konkrete Schritte zur Einführung eines verbindlichen Rahmenwerkes für unternehmerische Verantwortlichkeit“ fordert, unterzeichnet hätte: die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft verdi.

Im Sinne des gemischten Zusammenschlusses beruft sich die Gründungserklärung auf alles mögliche und eben auch auf die Weltkommission der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), in der die Forderungen u.a. der zivilgesellschaftlichen Initiativen „zur sozialen Dimension der Globalisierung reflektiert wurden“.

Der ILO-Jahrestagung im Juni lagen die Berichte ihrer Weltkommission über „die soziale Dimension der Globalisierung“ vor. Darin heißt es u.a. : „Wir befürworten eine ausgewogene Globalisierung.“

„Umfassende Programme wurden in die Praxis umgesetzt, die der Entwicklung der Unternehmensführungskultur dienen.“ D. Gluckstein führt dazu aus: »Wenn man in einer drittelparitätischen Konferenz Kompromisse anstrebt zwischen Staaten und Regierungen einerseits, Unternehmervereinigungen und Arbeitergewerkschaften andererseits, so ist das völlig normal.

Doch die Unternehmensführungskultur ist etwas anderes: diese wird von der Geschäftsleitung gestaltet. (...) Das von dem Bericht genannte strategische Ziel Nr. 2 besteht in dem Vorschlag, 'die Unternehmenskultur auf allen Ebenen zu fördern'. Es wird darauf Bezug genom-

men, ich zitiere, 'dass es für die IAO-Aktivitäten immer interessanter wird, auf die soziale Verantwortung der Unternehmen zu achten'. Damit verlässt man die Logik des notwendigen Kompromisses zwischen Arbeitergewerkschaften und Unternehmervereinigungen. Den Kompromiss praktizieren die Gewerkschaftskämpfer tagtäglich. Doch wenn man den Unternehmen eine „soziale Verantwortung“ zuschreibt, macht man sie zum Rahmen für die Forderung, zum Rahmen für den „sozialen Fortschritt“. Das aber verlangt die Integration der Arbeiterorganisationen in das Unternehmen selbst und allgemeiner in die multinationalen Konzerne.“

„Die soziale Dimension der Globalisierung“ erleben die Kolleg/-innen überall am eigenen Leib

Hinter diesem Vokabular der „sozialen Dimension...“ steht die Position, wonach die Arbeitnehmer/-innen nicht länger ihre Arbeitskraft verkaufen und ihre spezifischen Interessen und Errungenschaften verteidigen müssen, und dafür ihre Organisationen einsetzen. Nach dieser Logik sind sie „Bürger“, „Verbraucher“, sind sie und ihre Gewerkschaftsorganisationen Teil der Gemeinschaft der „Zivilgesellschaft“. Ihre Organisationen haben darin die Aufgabe, die „soziale Dimension der Globalisierung zu gestalten“, was aber auch zugleich bedeutet, dass die internationalen Normen z.B. der ILO-Übereinkommen oder auch die Tarifverträge durch die „Gestaltung“ ersetzt werden.

Im Geschäftsberichtsteil „Unternehmensverantwortung 2005 – ökonomisch, ökologisch, soziale Verantwortung“ erfüllt Stora Enso die Anforderungen von Cora sicherlich zur vollsten Zufriedenheit:

„Zur Unterstützung der Mitarbeiter/-innen und Manager bei dieser schwierigen Aufgabe wurden 2005 konzernweite Leitlinien zum Personalabbau erstellt und genehmigt. Sie definieren verantwortungsvolle Praktiken, Grundsätze, Verfahren und Instrumente, die konzernweit beim Personalabbau zum Einsatz kommen. Sozialverträglicher Personalabbau beruht bei Stora Enso auf zwei übergeordneten Grundsätzen: Respekt für den Einzelnen und Sensitivität für die Bedürfnisse der Mitarbeiter/-innen. Hintergrund, Gründe und Argumente für den

Personalabbau müssen allen Mitarbeiter/-innen klar und offen kommuniziert werden.“

Wie das funktioniert, haben die 5.000, die weltweit gegeneinander gespalten und letztlich entlassen werden sollen, erfahren: Sie wurden im Sinne der Corporate Accountability rausgeworfen!

Jedoch: „Stora Enso verfolgt die Politik, dass alle Mitarbeiter/-innen die Freiheit haben, Gewerkschaften beizutreten und Tarifverträge auszuhandeln“, heißt es da. Der Bericht verweist auch darauf, dass in Deutschland 70% der Belegschaft organisiert sind.

Wir können davon ausgehen, dass sie sich nicht der „Politik, dass alle Mitarbeiter/-innen die Freiheit haben, Gewerkschaften beizutreten und Tarifverträge auszuhandeln“ angeschlossen haben, sondern dass sie sich organisiert haben, um so ihre kollektiven Interessen gegen den Konzern durchzusetzen.

Doch das, was Cora und Stora Enso formulieren, ist die „Unternehmensverantwortung“, für die die Gewerkschaften sich an der Seite der NGO, der Kirchen und dem Rest der sgn. Zivilgesellschaft stark machen sollen: Die Entlassung „mit Respekt“ und das Verstehen der Gründe für Betriebsschließungen,



Rund 1000 Beschäftigte von BenQ und Allianz demonstrierten vor dem Düsseldorfer Landtag gegen Arbeitsplatzvernichtung.

Erpressung von Lohnabbau usw.

Das kann nicht die Aufgabe von Gewerkschaften sein. Das wäre ihre korporatistische Einbindung, das Ende ihrer Unabhängigkeit als Organisationen der Arbeitnehmer/-innen.

Die Diskussion über die Notwendigkeit der Verteidigung der gewerkschaftlichen Unabhängigkeit, die wir dringend in unseren Gewerkschaftsorganisationen führen müssen, wird auch im Rahmen der »Sozialen Politik & Demokratie« weiter fortgesetzt werden.

„Oaxaca ist das Epizentrum des Kampfes der Bevölkerung in Mexiko“

INTERVIEW mit Jesusa Rodriguez, Koordinatorin des nationalen demokratischen Konvents (CND)

Die Ereignisse in Oaxaca in Mexiko spitzen sich immer mehr zu. Die LehrerInnen und Bevölkerung Oaxacas werden durch die Solidarität im ganzen Land unterstützt, insbesondere auch durch den CND. Am 20. 11. ruft der CND (1) zu einer Massenversammlung in Mexiko-City auf, die LOPEZ

OBRADOR (PRD-2) zum einzigen legitimen Präsidenten Mexikos proklamieren wird. Jesusa Rodriguez, Koordinatorin des nach einem Aufruf von Lopez Obrador gegründeten nationalen demokratischen Konvents, stellt im folgenden Interview den Kampf des mexikanischen Volkes dar.

Frage: Kannst Du uns deine Meinung zu den laufenden Kämpfen in Oaxaca sagen?

J. Rodriguez: Für uns ist der Kampf in Oaxaca das Epizentrum des Kampfes der Bevölkerung in Mexiko. Er ist das Epizentrum des Kampfes gegen den Wahlbetrug, für die Demokratie und die soziale Gerechtigkeit, und für die Verteidigung der mexikanischen Nation selbst.

Wie Du weißt, hat die mobilisierte Bevölkerung von Oaxaca, die nur mit Knüppeln und Steinen bewaffnet war, gestern Nachmittag nach neunstündigen Kämpfen die Truppen der Bundespolizei PFP zurückgeschlagen, die unter Bruch der Gesetze die autonome Universität Benito Juarez in Oaxaca besetzen wollten. Der Rektor der Universität hat sich entschieden jedem Eindringen der Bundespolizei oder Bundesarmee auf den Campus widersetzt.

Unser Widerstandskomitee hat bis in die ersten Morgenstunden getagt. Wir haben die neuen Ereignisse analysiert und uns über unseren ersten Sieg gefreut. Aber wir gehen auch davon aus,

dass der Kampf lang und schwierig sein wird, der die Bundestruppen und Polizei zum Verlassen von Oaxaca zwingen und zum Rücktritt von Ulises (Ruiz Ortiz, der verhasste PRI-Gouverneur von Oaxaca, d.Red.) führen soll.

Eure Leser müssen wissen, dass der eigentliche Drahtzieher Felipe Calderon ist, der von der US-Botschaft unterstützt

wird – nicht Präsident Fox. Ulises Ruiz hat Calderon sehr hart gedroht und ihm gesagt, dass die PRI seinen Amtsantritt am 1. Dezember verhindern werde, wenn er sich nicht verpflichtet, Ulises zu 100% gegen den Volksaufstand in Oaxaca zu unterstützen.

Für den Fall, dass Ulises zum Rücktritt gezwungen wird, haben Ulises und die PRI gewarnt, dass Calderon scheitern wird. Das wiederum kann die US-Botschaft nicht zulassen.

Calderon ist der Handlanger von Bush. Sein neuer Finanzminister war die Nr. 3 des Internationalen Währungsfonds. Die gesamte Politik der Calderon-Regierung würde, wenn wir ihn nicht vorher stürzen, in den USA vorbereitet.

Also steht immer noch, wie Du selbst feststellen kannst, das Problem des Wahlbetrugs am 2. Juli im Zentrum der gesamten aktuellen politischen Entwicklungen in unserem Lande. Hinzu kommen das Parteienbündnis PRI (3) und PAN (4), das zum massiven Betrug gegen Andres Manuel (Lopez Obrador)

(Forts. S. 12)



Jesusa Rodriguez

Pressemitteilung der Internationalen Verbindung der ArbeitnehmerInnen und Völker (IAV)

In Oaxaca herrscht weiterhin extreme Spannung, es ist immer noch von Truppen der Bundespolizei besetzt, während vom Gouverneur befehligte Todesschwadronen ihre blutigen Provokationen fortsetzen. Die Volksversammlung und alle Arbeiter- und Volksorganisationen tagen gegenwärtig als ständige Versammlung.

Weniger als zwei Wochen vor der nationalen Großversammlung, die López Obrador nach Mexiko-City einberufen hat, hat er vor kurzem über 3.000 Delegierte im Theater der Stadt versammelt. Er rief sie dazu auf, überall gegen die antisozialen Maßnahmen zu mobilisieren, wie z.B. gegen eine Mehrwertsteuer auf Medikamente und Lebensmittel, und zu allen Themen (Losungen), die „Mut geben, wie etwa die Unterstützung von Oaxaca“. Er hat alle Teilnehmer aufgefordert, eine Charta des Engagements für eine neue „legitime“ Regierung zu unterzeichnen, „die für die Verteidigung der Arbeitnehmer und ihrer Errungenschaften eintritt.“

Die IAV berichtet, dass weltweit Initiativen und Delegationen zur Unterstützung des Volkes von Oaxaca und Mexiko organisiert wurden.

DEUTSCHLAND: Delegation zur mexikanischen Botschaft

Am 13. November wurde eine Delegation von GewerkschafterInnen und SPD-Mitgliedern von dem Presseattaché bei der Botschaft, Lino Santacruz Moctezuma, empfangen

Die Delegation versicherte dem Botschaftsvertreter die große Solidarität in der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung mit dem mexikanischen Volk, und seinem Kampf um Souveränität und Demokratie, sowie nach Anerkennung von López Obrador als einzigem legitimen Präsidenten der mexikanischen Republik.

Die Delegation überbrachte die Forderungen:

- Sofortige Beendigung der Repression gegen die Lehrer und die Bevölkerung von Oaxaca;
- Freilassung aller Lehrer, Arbeiter und Jugendlichen, die wegen Teilnahme an Protestaktionen und Kundgebungen verhaftet wurden;
- alle Verschwundenen im Staat Oaxaca müssen frei und unverseht wieder auftauchen. Nach Aussagen der Lehrergewerkschaft, der APPO und der Medien betrifft das mindestens 61 Personen.

Herr L. S. Moctezuma erklärte, er werde das Anliegen der Delegation nach Mexiko weiterleiten. Von den Verschwundenen wisse er nichts und fragte nach konkreten Angaben. Wenn er diese erhalte, werde er der Delegation antworten und sie weiter informieren. - c.b.

geführt hat, und die Drohungen der PRI wegen Oaxaca.

Frage: Kannst Du uns die Beschlüsse des CND-Koordinationskomitees von gestern Nacht erläutern?

J. Rodriguez: Unser Komitee hat beschlossen, die gestern Nachmittag vom Vorstand der Volksversammlung der Völker Oaxacas (APPO) angekündigten Aktionsvorschläge bedingungslos zu unterstützen:

1.) Wir werden die Karawane vorbereiten und daran teilnehmen, die morgen früh um 9 Uhr von Hemiciclo nach Juarez in Richtung Oaxaca ziehen wird. Die APPO hat zur Mobilisierung im ganzen Staat aufgerufen (von „allen vier Ecken“ des Staates Oaxaca, d.Red.), um einen Sicherheitskordon um das Lager der APPO und der Universität zu bilden, aus dem die APPO ihre Sendungen auf den Wellen von Radio Universidad verbreitet, das auch unter dem Namen Radio Planton bekannt ist.

Oaxaca ist ein besetztes Gebiet, auf das Besatzungstruppen eingedrungen sind. Das ist unerträglich. Das Volk von Mexiko und die Völker der Welt können diese Situation nicht dulden.

2.) Wir werden an dem „Megamarsch“ am 12. 11. teilnehmen, zu dem die APPO am Sonntag (5. 11.) in der Stadt Oaxaca aufgerufen hat. Diese Bewegung braucht die Unterstützung von hunderttausenden Menschen, wenn nicht sogar mehr. Durch ihre unübersehbare Menge und feste Entschlossenheit ist sie zugleich Schutz und Druckmittel, um den Abzug aller Bundestruppen aus Oaxaca und den Rücktritt von Ulises zu erzwingen. Was wir brauchen, ist ein massiver Zustrom von Arbeitern, Bauern und Studenten nach Oaxaca, um dem Volk bei der Befreiung dieses besetzten Gebietes zu helfen.

3.) Wir werden den nationalen Streik des Volkes („Paro Civico Nacional“, d.Red.) am 9./10. November, zu dem die APPO und die Coordinadora (5) aufgerufen haben, unterstützen, fördern und durchorganisieren.

Wir meinen, dass das nicht nur ein Lehrerstreik sein darf; alle Gewerkschaften und alle Arbeiter sollten an diesen beiden Tagen die Arbeit niederlegen, um gegen die Unterdrückung in Oaxaca zu protestieren und den Rücktritt von Ulises und den Abzug der Bundestruppen zu fordern.

4.) Wir werden den Aufruf der APPO für eine nationale und internationale Karawane nach Oaxaca am Samstag, 11. November, und einen neuen, viel größe-

ren nationalen „Megamarsch“ in Oaxaca am Sonntag, 12. November, unterstützen, fördern und durchorganisieren.

Frage: Engagierte KollegInnen aus Mexiko und den USA rufen Lopez Obrador dazu auf, einen Appell für einen nationalen Marsch zur Verteidigung von Oaxaca zu veröffentlichen. Die Unterstützung des CND für die APPO-Beschlüsse ist natürlich entscheidend. Eure Unterstützerklärung für die Bildung einer nationalen Einheitsfront ist sehr wichtig, genauso wie der Aufruf von Munoz Ledo für einen nationalen Marsch zur Unterstützung des Volkes von Oaxaca.

Aber immer mehr Menschen sagen, und ich stimme völlig mit ihnen überein, dass es tatsächlich die 1 Million Menschen mobilisieren würde, wenn Lopez Obrador entschieden zu einem nationalen „Megamarsch“ aufrufen würde. Sie werden gebraucht, um die Bundestruppen und Ulises obendrein zu verjagen.

J. Rodriguez: Unser Komitee teilt weitgehend diese Ansicht. Die nationale Leitung des CND wird (...) über diese Frage diskutieren, die, wie Du sagst, von einer wachsenden Zahl von CND-Sympathisanten aufgeworfen wird.

Frage: Für den 20. November ist geplant, dass Lopez Obrador vor einer Massenversammlung auf dem Zocalo-Platz von Mexiko-City seinen Amtseid als Präsident leistet. Wird das auch wirklich stattfinden? Wie laufen die Vorbereitungen?

J. Rodriguez: Das wird absolut stattfinden. Andres Manuel wird seine Ministerliste in den nächsten Tagen bekannt geben. Wir werden uns am 20. 11. versammeln, um ihn zu feiern, aber auch um ihn in einer feierlichen Zeremonie ins Amt einzuführen. Das ist eine Schlüsselfrage, um den Widerstand zu vertiefen.

Das ist auch eine Schlüsselfrage für die Fortsetzung des Kampfes, um den Amtsantritt von Calderon am 1. Dezember zu verhindern.

Frage: Was können die gewerkschaftlich und politisch engagierten KollegInnen in der ganzen Welt tun, um den Kampf in Oaxaca und den des CND zu unterstützen?

J. Rodriguez: Zur Stunde ist das wichtigste, was sie tun können, in allen Ländern breite Delegationen zu organisieren – mit Spitzenverantwortlichen der Gewerkschaften, Abgeordneten, weltlichen oder kirchlichen Persönlichkeiten – zu den mexikanischen Botschaften und Konsulaten: mit den Forderungen nach

dem Ende der Unterdrückung in Oaxaca, Abzug der Bundestruppen und Spezialpolizei, und v.a. nach dem Rücktritt von Ulises Ruiz Ortiz.

Wir wissen, dass die Internationale Arbeitnehmerverbindung schon viele derartige Delegationen organisiert hat, und wir bedanken uns für Eure Unterstützung. Doch wir brauchen mehr, viel mehr. Die Augen der ganzen Welt müssen auf Mexiko gerichtet sein. In jedem Land müssen Massendelegationen und Kundgebungen vor den mexikanischen Botschaften und Konsulaten stattfinden, um Druck für die o.g. Forderungen auszuüben.

Frage: Gibt es etwas, das Du hinzufügen möchtest?

J. Rodriguez: Ja. Im Staat Oaxaca wie im ganzen übrigen Land wird der Maisanbau zerstört, der Kern unserer Kultur und Identität, und das Grundnahrungsmittel unserer Landbevölkerung.

Mehr als eine Million Oaxacaquenos (6) leben in den USA, wo sie überausgebeutet und als rechtlose Bürger 2. Klasse behandelt werden.

Diese Menschen wurden gezwungen, ihre Häuser und ihre geliebte Gemeinschaft zu verlassen, weil ihr Getreideanbau zerstört worden war: erst vom Nafta-Vertrag, und heute vom Monsanto-Saatgut. Diesem Wahnsinn müssen wir ein Ende bereiten. Wir müssen Gouverneur Ulises Ruiz zum Rücktritt vom Amt zwingen. Wir müssen unsere Nation einfordern!

Das Interview (Ende Oktober-Anf. November) führte Alan Benjamin

(1) Der nationale demokratische Konvent fand am letzten 16. September nach dem Aufruf von Andres Manuel Lopez Obrador statt. An ihm nahmen in Mexiko-City über eine Million Arbeiter, Bauern und Jugendliche teil, die gegen den Wahlbetrug Obrador zum einzigen rechtmäßig gewählten Präsidenten von Mexiko proklamiert haben.

(2) PRD, Partei der demokratischen Revolution, Lopez Obrador.

(3) PRI, Institutionelle revolutionäre Partei, wichtigste Partei der mexikanischen Bourgeoisie. Sie regierte 71 Jahre lang bis zum 1. 12. 2000. Bei der letzten Wahl am 2. 7. 2006 haben sich ihre Mandate halbiert.

(4) PAN, konservative Partei der nationalen Aktion, 2. Partei der mexikanischen Bourgeoisie.

(5) Dissidentenflügel der nationalen Lehrgewerkschaft.

(6) Einwohner des Staates Oaxaca.